

Zeitschrift: Schweizer Monat : die Autorenzeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur

Band: 101 (2021)

Heft: 1088

Artikel: Disqualifikation statt Diskurs

Autor: Freyn, Jan

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-958233>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 16.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Disqualifikation statt Diskurs

**Statt pragmatisch und offen zu streiten, suchen Deutschlands Medien nach Sündenböcken – und finden sie oft in den Bürgern.
Der Journalismus verliert so seine kritische Funktion.
Und die Regierung kann sich aus der Verantwortung stehlen.**

von Jan Freyn

Von allen schwergeplagten Branchen gelingt es dem Journalismus noch immer am besten, sich über seinen wahren Zustand zu täuschen. Was notorischen Kulturpessimisten als unerträgliche Moralisierung von Streithemen erscheint, sei doch nur Ergebnis eines erfreulichen moralischen Fortschritts. Infolge der letzten Medienrevolution sei die Öffentlichkeit so pluralistisch wie nie zuvor; und es bereichere die Berichterstattung, dass sich Themen, die auf Instagram oder Twitter «viral gehen», vermehrt auch in «klassischen» Medien niederschlägen. Zwar gebe es hier und dort Probleme, doch zu scharfer Medienkritik bestehe kein Anlass – diese werde vornehmlich von finsternen Gestalten vorgetragen, denen gerade die Pluralität und Vielfalt der Medien übel aufstosse (die ergo im Herzen autoritär seien). «Sei nicht zu medienkritisch, sonst giltst du bald als reaktionär»: So lautet die Botschaft, oft vorgebracht mit jener unachahmlichen Gereiztheit, wie sie Menschen zu eigen ist, denen argumentative Auseinandersetzungen im Grunde lästig sind, weil sie bereits eine Weltsicht haben – nämlich die einzige richtige.

Mir ist bewusst, dass keineswegs alle Journalisten so denken, doch bis heute verfallen viele von ihnen in eine seltsame Wagenburgmentalität, wann immer ihre Berichterstattung zum Problem erhoben wird, und greifen reflexhaft auf die immergleiche, immer wenig überzeugende Phraseologie zurück. Zweifellos gibt es viel dümmliche und vulgäre Medienkritik; das Problem liegt indes in der Bereitwilligkeit, mit der sich Medienvertreter diesen Umstand zunutze machen, um Medienkritik per se in ein schäbiges Licht zu rücken: «Auch Sie gehören also zu den Lügenpresse-Rufern? Auch Sie halten die Medien für gleichgeschaltet...?» Den moralischen Fortschritt zu leugnen, der in einem geschärften Bewusstsein für Diskriminierungen von Minderheiten liegt, wäre tatsächlich reaktionär; das Problem liegt wiederum in der Bereitwilligkeit vieler Medienvertreter, noch den kleinsten Fehltritt zum Skandal zu erheben und noch die irrwitzigste mediale Hexenjagd moralisch zu bemänteln.

Der Ruf nach Ordnung

Ebenfalls ist wahr, dass die sozialen Medien – in denen die Sender-Empfänger-Differenz weitestgehend aufgehoben ist – vielen Menschen eine Stimme verleihen, die sich noch bis vor we-



«Während in jedem Gespräch mit dem Andersdenkenden das eigene Weltbild potentiell in Frage steht, wird es durch das Zusammentragen von prekären Informationen über ihn in jedem Fall stabilisiert.»

Jan Freyn

Jan Freyn, zvg.

nigen Jahren kaum Gehör verschaffen konnten. Doch je mehr Menschen sich öffentlich zu Wort melden, desto grösser wird zugleich der Drang, das als (auch in politischer Hinsicht) bedrohlich erlebte Chaos wieder einzuhegen und Regularien einzuführen: «Bevor sich niemand mehr im Dschungel der Widersprüche auskennt», schreibt Bernd Stegemann, «wird eine neue Übersichtlichkeit installiert.»¹ Konkret bedeutet das freilich, «Tabugrenzen» durchzusetzen – was «komunikative und robuste Mittel» nötig macht, etwa «die Ächtung der Tabubrecher».²

Aus der genannten Spannung ergibt sich zunächst, dass sich die Ächtung mit moralischem Antlitz zunächst vor allem in den sozialen Medien verbreitet, also dort, wo das Chaos der Diskurse am grössten ist. Allerdings übersieht man dabei, so Stegemann, dass der «Dschungel der Widersprüche» auf diese Weise nicht eingezäunt werden kann, ohne den Streit – und somit das Wuchern der Diskurse – sogleich auf eine höhere Ebene zu verlagern. Ähnlich bemerkt auch Politikwissenschaftler Philip Manow: «Souverän ist, wer über Diskursgrenzen entscheidet, der Streit darüber ist aber eben nur ein weiterer politischer Streit. Was dem einen das Unsagbare, ist dem anderen die Cancel Culture.»³ Infolge dieser Entwicklung wird der Streit über konkrete Sachfragen zunehmend mit Streitereien zweiter Ordnung ersetzt, die darum kreisen, ob über dieses Thema oder jene Frage überhaupt öffentlich gestritten werden darf – und wenn ja: mit wem?

Disqualifikation des Gegners vor Spielbeginn

Stegemann und Manow verteidigen die Idealvorstellung der Öffentlichkeit als Möglichkeitsraum, in dem gesellschaftliche Widersprüche offen verhandelt werden müssen, gerade weil diese sich nach ihrer Auffassung nicht dirigistisch oder regulativ auflösen lassen – und wohl noch viel robustere Mittel nötig wären, um ihre Artikulation in Gänze zu verhindern. Nichtsdestotrotz

verliert die Orientierung an diesem Ideal gegenwärtig in dem Masse an Selbstverständlichkeit, in dem Diskursteilnehmer die zeitgemässe Form des politischen Meinungswettstreits nicht mehr als argumentatives Pingpong, sondern als Pendant zu einer Sportpartie begreifen, die nicht stattfindet, weil eine Mannschaft schon vor Spielbeginn die Disqualifikation der anderen erwirkt. Dass beim «Meinungswettstreit» praktischerweise die Position des Spielers mit der des Schiedsrichters zusammenfällt, ist dabei kein ganz unwesentliches Detail.

Wenn es in einer freien Öffentlichkeit auch niemals vollständig gelingen kann, mit diesen Methoden tatsächlich eine «neue Übersichtlichkeit» zu installieren, so hat die schlechte Angewohnheit, Personen zu diskreditieren, statt ihre Argumente zu widerlegen, dennoch eine unbestreitbar *entlastende* Funktion. Es reduziert Komplexität. Den Ausführungen des Gegners wird keinerlei inhaltliche Relevanz mehr zugestanden, da man ihn, einer lückenlosen, auf 280 Twitter-Zeichen komprimierten Beweiskette folgend, zu einem bösartigen, unbelehrbaren Menschen stempelt. Ebenso reduziert es Komplexität, öffentliche Kommunikation als Fortsetzung privater Gefühlsergüsse mit digitalen Mitteln zu begreifen und die Gästeliste öffentlicher Podien an den Massstäben einer nachbarlichen Gartenparty zu messen: «Ich finde den Typen schrecklich. Wieso habt ihr ihn eingeladen?»

Schliesslich ist der Ausgang einer ergebnisoffenen Diskussion naturgemäß ungewiss. Während in jedem Gespräch *mit* dem Andersdenkenden das eigene Weltbild potentiell in Frage steht, wird es durch das Zusammentragen von prekären Informationen *über* ihn in jedem Fall stabilisiert.⁴ Hat dieser sich mit «umstrittenen» Personen bereitwillig das Podium geteilt? Sprechen jene gar «problematische» Themen an, die auch von düsteren Figuren adressiert werden? Und wer klatscht ihnen da eigentlich zu? Die freien

Anzeige

Familie Zahner | 8467 Truttikon

052 317 19 49 | www.zahner.biz | zahner@swissworld.com



Leichter, rassiger Sommerwein.

Fr. 12⁵⁰

Truttiker Rosé
«Süssdruck»

«Im Zuge des verschärften Konkurrenzkampfs um die Aufmerksamkeit der User sind journalistische Skandalisierungsbeiträge gewissermassen pandemisch geworden und rechts wie links von der Ausnahme zur Regel mutiert.»

Jan Freyn

Geister haben mit ihren Gegnern nur gestritten. Heute kommt es darauf an, sie zu diskreditieren.⁵

«Viral gehen» als ökonomisches Muss

So sehr man es auch – mit vollem Recht – für eine Dummheit halten mag, «die Ansichten anderer Leute nicht anhören zu wollen, weil wir innerlich schon fertig mit ihnen sind», um eine Wendung von John Stuart Mill zu zitieren,⁶ so wenig können noch die nobelsten Erwägungen des grossen Liberalen etwas an der gut erforschten statistischen Tatsache ändern, dass sich die Retweet-Wahrscheinlichkeit eines Tweets mit jedem einzelnen emotionalisierenden oder moralisierenden Wort – und folglich auch mit jeder eingestreuten Diffamierungsvokabel – signifikant erhöht. Diese Dynamik lässt sich derzeit kaum beeinflussen, da sich repräsentative Empörung und ausstaffierte Verachtung bekanntlich in medialer Aufmerksamkeit bezahlt machen, und die Aufmerksamkeit wiederum in Klicks. Der ökonomisch unter Druck stehende Journalismus, der diese Entwicklung kritisch reflektieren müsste, kann im Augenblick schon deshalb nicht Teil der Lösung sein, weil er – insbesondere in Gestalt der Online-Medien – wesentlich Teil des Problems ist.

Im Zuge des verschärften Konkurrenzkampfs um die Aufmerksamkeit der User sind journalistische Skandalisierungsbeiträge gewissermassen pandemisch geworden und rechts wie links von der Ausnahme zur Regel mutiert. Selbst die vermeintlich «seriösen» Online-Plattformen – deren Aufgabe eigentlich darin läge, zu diesen Vorgängen eine kritische Distanz zu gewinnen – sind aus ökonomischen Gründen auf Retweets aus und greifen die irrwitzige Dynamik von Twitter-Gefechten auf, um umgekehrt selbst «viral» zu gehen. Ein banaler, aber folgenschwerer Zusammenhang, der unserer Öffentlichkeit auch in Zukunft noch viele Verdummungsdebatten bescheren wird.

Funktionen der eigenen Apparatur

Um das Wesen dieser Dummheit – ebenso wie ihre *Profiteure* – genauer zu bestimmen, greife ich den Ausdruck «Schleier der Pri-

vatisierung» auf, den Theodor W. Adorno im Jahr 1964 in einem seiner berühmten Südwestfunk-Gespräche mit Arnold Gehlen gebraucht.⁷ Wie Adorno in diesem bemerkenswert aktuellen Gespräch ausführt, werden «gesellschaftliche, grundsätzliche Fragen in der Publizität von heute prinzipiell privatisiert». Die Öffentlichkeit werde von Fragen von der Art, «was für einen Charakter der Parteiführer Sowieso hat», dominiert. Unterschlagen («verschleiert») werde gerade, in welchem Ausmass politisches Agieren heute «objektiv vorgezeichnet» sei. Nicht weniger vorgezeichnet sei auch das Vorgehen der «materiell» interessierten «sogenannten Massenmedien», denn gegenüber der «objektiven Struktur» der Öffentlichkeit seien die privaten Haltungen der Journalisten bloss «subjektive Modifikationen und Abweichungen» – und damit letztlich «sekundäre Phänomene». Wörtlich: «Die einzelnen Menschen werden – zwar nicht ganz, aber doch in sehr hohem Masse – Funktionen ihrer eigenen Apparatur.»

Entscheidend dafür, dass eine Nachricht in einem Medium tatsächlich «gebracht» wird, ist eben kein persönliches Glaubensbekenntnis, sondern ihr «News Value», der sich nun einmal daran bemisst, welchen finanziellen Betrag Kunden für diese oder jene Nachricht zu zahlen bereit sind – oder heute: *welcher Beitrag geklickt wird*. Allerdings – und Adorno hebt diesen Umstand hervor – enthalten Nachrichten mit hohem News Value keineswegs zwangsläufig die Inhalte, die den Bürgern tatsächlich zu einem selbständigen Urteil über für sie relevante Sachverhalte verhelfen würden («das ist ein grosser Unterschied»); exemplarisch führt er die Beliebtheit von «Schreckensnachrichten» an (ein «in Zeiten von Corona» wohl nicht ganz abwegiges Beispiel).

Der Philosoph konnte nicht wissen, welches Ausmass die Privatisierung gesellschaftlicher und politischer Themen in späteren Zeiten noch erreichen würde. Seine Ausführungen verdeutlichen unter anderem, warum es so naiv ist, die extreme Moralisierung gegenwärtiger Debatten primär auf ein gesteigertes ethisches Bewusstsein zurückzuführen: Wenn die «*Berliner Zeitung*» einen Artikel gut twittertauglich mit «Wir müssen mehr Angst vor dem Virus haben» betitelt und sich die Verfasserin darin über die

«Und wieder einmal zeigt sich, dass zur Beschwörung des grossen «Wir» eben immer auch die klare Abtrennung der «Spalter» und «Zweifler» gehört.»

Jan Freyn

«Sorglosigkeit» ihrer Mitmenschen empört, mag sie selbst vielleicht tatsächlich daran glauben, von einer individuellen, ethischen Motivation geleitet zu sein – und natürlich ist es prinzipiell unmöglich, ohne genauere Kenntnis über einen einzelnen Fall zu urteilen. Der Umstand aber, dass seit Beginn der Pandemie unablässig Texte mit ähnlich geringem Informationsgehalt und ähnlich hohem Emotionalitäts- und Empörungswert verfasst worden sind, hat offenkundig wenig mit privater Moral, viel aber mit Klickzahlen und Geld zu tun. «Objektiv vorgezeichnet» war die Corona-Berichterstattung in eben dem Masse, in dem Schrecken und Moral gut klicken.

Suche nach Sündenböcken

Der «Schleier der Privatisierung» oder der Triumph des Individualmoralismus nützt indessen nicht nur ambitionierten Medienvertretern, die durch die Ausstaffierung ihrer vermeintlich besonders hohen Gesinnung einen Distinktionsgewinn erzielen möchten (wobei die besonders hohe Gesinnung, seit sie mancherorts beinahe zur Regel geworden ist, von Entwertung bedroht ist). Es nützt vielmehr gerade schlechter Politik, die strukturelle Probleme ignoriert, alle drängenden Themen sofort zu entpolitisieren, sie in den privaten Bereich der individuellen Moral zu verschieben und so einzig auf das mögliche individuelle Verhalten jedes einzelnen zu fokussieren. Der Blick auf die sozialmediale Kommentierung der Coronapandemie erübrigt den Beweis: Wann immer Deutschland vor steigenden Inzidenzzahlen zitterte, führ-

ten Twitter-Krieger erregte Moraldebatten – «seht her, das Pack trifft sich im Park!» – und erniedrigten sich auf diese Weise selbst zu nützlichen Deppen ihrer Regierung, die ihrerseits jedes Mal, wenn das hausgemachte politische Fiasko (das sogenannte Pandemiemanagement) zeitweilig im Hauptfokus der Öffentlichkeit lag, ein grosses Interesse daran zeigte, den Fokus auf «das Volk, den bösen Lümmel» (Heine) zu verschieben: sei es auf «Covidioten» und «Querdenker», sei es – um auf den Ablenkungsversuch des überforderten Gesundheitsministers Jens Spahn zu rekurrieren – auf «Verwandtschaftsbesuche in der Türkei und auf dem Balkan».

Wer in den letzten eineinhalb Jahren die (sozial)medialen Debatten in Deutschland verfolgt hat, musste immer wieder den Eindruck gewinnen, Deutschlands schlechter Umgang mit der Pandemie sei massgeblich der «Sorglosigkeit», «Unvernunft» oder dem «Egoismus» der Bürger geschuldet – und nur sekundär der Vielzahl politischer Fehler, die allesamt in die sechzehnjährige Regierungszeit der Bundeskanzlerin fallen: die fehlende digitale Infrastruktur der Gesundheitsämter (die alle Abläufe verschleppten); die Ökonomisierung des Gesundheitssystems und der Mangel an Pflegekräften, die teure Contact-Tracing-App, die wirkungslos blieb (weil die Regierung den Datenschutz für wichtiger erachtet als etwa die Freiheit, seinem Beruf nachgehen zu können); die fehlenden Luftfilter in den kaputtgesparten Schulen; das verschleppte Testkonzept (das von Schulkindern forderte, was es Erwachsenen in Grossraumbüros nicht zumuten möchte) oder die strategischen Fehler bei der Impfstoffbeschaffung. Die Liste erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit.

Die paternalistische Avantgarde

Dass vor dem Hintergrund einer solchen politischen Bilanz die Tendenz, pragmatische Diskussionen durch individualmoralistisches Gezeter zu ersetzen, von politischer Warte nur begrüßt werden kann, liegt auf der Hand. Just darum wird die Verschiebung des Blicks auf die vielen «bösen Lümmel» vonseiten der Politik aktiv befördert, sei es von Markus Söder, der in Deutschland gemeinsam mit der Kanzlerin gewissermassen die paternalistische Avantgarde verkörpert (man müsse «die Zügel anziehen», feixte Söder und wurde dafür von manchen als Cowboy gefeiert), sei es von Merkel selbst, die im letzten Jahr, nicht weniger paternalistisch, schon Diskussionen über Öffnungen zu Orgien erklärte («Öffnungsdiskussionsorgien»). Die Übertribunalisierung des Privatlebens, die zunächst rhetorisch begann und sich bald in teils absurdem Gesetzen niederschlug (zum Beispiel Ausgangssperren), verfolgte den objektiven Zweck, die faktische Ohnmacht einer Politik zu kompensieren, die aus guten Gründen gar nicht oft genug betonen konnte, dass Covid-19 als Gemeinschaftsprojekt zu begreifen sei («Wir werden das Virus gemeinsam besiegen»), und daher nie um den Hinweis verlegen war, dass das umsichtige Verhalten «jedes einzelnen» und «die Bereitschaft zum Mitmachen» – und nicht etwa eine funktionierende App, ein durchdachtes Testkonzept oder die Bestellung des Impfstoffs – als «der wichtigste

Schlüssel zur erfolgreichen Bekämpfung des Virus» verstanden werden müsse, wie Merkel sagte.

Unter diesen Vorzeichen erscheint es nur konsequent, dass die Kanzlerin im Dezember 2020 – beim Online-Digital-Gipfel der Bundesregierung – die Möglichkeit, dass Länder wie China oder Südkorea wirtschaftlich zu den Gewinnern der Krise gehören könnten, mit folgenden Worten kommentierte: «Wo kommt China raus? Wo kommt Südkorea raus? Wenn die alle mal viel besser die Masken tragen und nicht so viel Querdenker-Demos haben, sondern derweil schon wieder wirtschaftlichen Aufschwung, dann fragt sich, wo Europa landet nach dieser Pandemie.»⁸ Es lebe der Sündenbock: Dass die deutschen Medien Merkel derartige Äusserungen weitestgehend durchgehen liessen, spricht jedenfalls für sich. Und wieder einmal zeigt sich, dass zur Be- schwörung des grossen «Wir» eben immer auch die klare Abtrennung der «Spalter» und «Zweifler» gehört.⁹

Verachtung der Skepsis

Um den Zustand der deutschen Öffentlichkeit zu verstehen, muss das unselige Zusammenspiel einer fatalen «Gemeinschafts- und Mitmachrhetorik» (derer sich die Kanzlerin auch schon in früheren Krisen bedient hat) und der (sozial)medialen Dynamik ernst genommen werden. Deren vielleicht bedenklichste Erscheinungs-

form besteht darin, dass in deutschen Medien der vermeintlich gemeinschaftsfeindliche Typus des «Skeptikers» – wie auch die Skepsis überhaupt – mittlerweile ausschliesslich in negativer Gestalt auftritt (die irrwitzigste Schlagzeile gelang im Oktober 2019 der Nachrichtenagentur Reuters: «Britische Regierung streut Merkel-Skepsis zu Brexit-Deal»). Dies ist – meine ich – entlarvend und zugleich eine Sünde wider das Geistesleben, ist doch der Zweifel als «eines der kostbarsten Besitztümer der Menschheit» (Borges) eine viel zu ernste Sache, als dass es auch nur irgendwie verzeihlich wäre, ihn unablässig in einen herabwürdigenden Zusammenhang zu stellen. Wer die Skepsis verächtlich macht, gibt offen zu erkennen, dass er einer fragenden Haltung die Absolutheit des Dogmas entgegensezтt – weshalb auch viele vermeintlich progressive Köpfe gut daran täten, sich des Leitspruches zu erinnern, den schon Karl Marx (im Gesellschaftsfragebogen seiner Tochter Jenny) als Lebensmotto angab: «De omnibus dubitandum». *Alles in Zweifel ziehen.* So würden viele Menschen womöglich sogar selbst darauf kommen, dass es derzeit für Medienskepsis allerlei Gründe gibt, die nichts mit reaktionären Fantasien oder autoritären Gelüsten zu tun haben. ▲

¹ Bernd Stegemann: *Die Öffentlichkeit und ihre Feinde*. Klett-Cotta, Stuttgart 2021, S. 179.

² Stegemann, ebd., S. 161.

³ «Warum es zu viel Demokratie geben kann», Interview von Sebastian Gierke mit Philip Manow in der «Süddeutschen Zeitung» vom 29. September 2020, www.sueddeutsche.de/politik/werkstatt-demokratie-warum-es-zu-viel-demokratie-geben-kann-1.5042933.

⁴ Es sei denn, man macht dabei so viele «handwerkliche Fehler», dass sich die eigene Chefredaktion anschliessend zu einer Entschuldigung genötigt sieht. So im Falle des im Mai 2021 erschienenen «Tagesspiegel»-Artikels «Die Geschichte hinter #allesdichtmachen», www.tagesspiegel.de/kultur/wer-steckt-hinter-allesdichtmachen-eine-frage-des-abstands/27140704.html.

⁵ Dieses Problem ist bekanntlich nicht neu: Schon bei John Stuart Mill (und natürlich bei de Tocqueville) wird das «Übel» adressiert, «diejenigen, die eine gegnerische Meinung haben, als schlecht und unmoralisch anzuprangern. Solchen Verleumdungen sind Menschen, die eine unpopuläre Meinung verteidigen, besonders häufig ausgesetzt.» Vgl. John Stuart Mill: *Über die Freiheit*. Reclam, Stuttgart 1974, S. 75.

⁶ John Stuart Mill: *Über die Freiheit*, S. 34.

⁷ Theodor W. Adorno / Arnold Gehlen: «Öffentlichkeit – was ist das eigentlich?» Ausgestrahlt im Südwestfunk am 18. März 1964. In: Theodor W. Adorno: *Kultur und Verwaltung. Vorträge und Gespräche (Audio-CD)*, München 2008. (Tatsächlich, einst waren die unmöglichen Gespräche möglich. Niemand warf dem Südwestfunk vor, Gehlen «eine Bühne» geboten zu haben; niemand klagte Adorno dafür an, er habe sein «problematisches» Gegenüber «aufgewertet»...).

⁸ Wo landet Europa nach dieser Pandemie? In: «Die Welt» vom 2. Dezember 2020, www.welt.de/politik/deutschland/article221568228/Corona-Wo-landet-Europa-nach-dieser-Pandemie-fraagt-sich-Merkel.html.

⁹ Ebenfalls im Dezember 2020 erklärte die Kanzlerin, es sei «vielleicht eine Aufgabe für Psychologen», dass sich für Verschwörungstheorien anfällige Menschen aus der «Welt der Fakten» verabschiedet hätten und «von unserer fakturbasierten Sprache» nicht mehr erreicht werden könnten; und da sich Europa bereits seit der Aufklärung «auf der Basis von Fakten ein Weltbild verschaffen» würde, «ist das im Grunde ein Angriff auf unsere gesamte Lebensweise». Vgl. «Merkel im virtuellen Dialog mit Studierenden» auf dem YouTube-Kanal von RND RedaktionsNetzwerk Deutschland), www.youtube.com/watch?v=qwHUoerrJts&t=384s.

Mehr zum Thema

«Meinungsfreiheit ist die Voraussetzung echter Demokratie», schreibt der Berliner Psychologe und Autor Thilo Spahl in der Einleitung eines neuen Sammelbands zum Thema Meinungsfreiheit und Cancel Culture. Demokratie bestehe nicht darin, dass eine aufgeklärte Elite dem Volk sage, was richtig und falsch sei. «Egal wie gut gemeint das sein mag, es ist dennoch Paternalismus und Entmündigung und damit letztlich Ausdruck der Verachtung normaler Menschen, die als schwach und anfällig für alles Böse betrachtet werden.»

Im 290seitigen Buch sind insgesamt 18 lesenswerte Beiträge verschiedener Autoren versammelt, darunter Robert Benkens (siehe S. 54), Alexander Horn und Milosz Matuschek. (dj)



«Sag, was du denkst!». Hrsg. von Thilo Spahl. Frankfurt: Novo-Argumente-Verlag, 2021.

Jan Freyn

ist freier Journalist. Er studierte Philosophie und Deutsch an der Universität zu Köln und arbeitete dort am Institut für Deutsche Sprache und Literatur.